

# Beschluss

ord. Bezirksparteitag am 10. März 2018 in Neuhofen

Betreff: **Verkehrssituation in Rheinhessen und der Vorderpfalz verbessern – Land hat konkrete Schritte eingeleitet**

Der FDP- Bezirksverband Rheinhessen – Vorderpfalz fordert die Städte- und Landkreise auf, im Jahr 2018 eine „Gemeinsame Konferenz der Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinhessen“, zum Thema Verkehr, durchzuführen. An dieser Verkehrskonferenz sollten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere die Verwaltungsspitzen der Landkreise und kreisfreien Städte und die Fraktionsvorsitzenden der kommunalen Parlamente, als auch Vertreter/innen des Landkreistages, des Städtetages, des Gemeinde- und Städtebundes, der Verkehrsverbände, des LBM und der Landesregierung teilnehmen.

Im Rahmen der Konferenz soll unter anderem die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Region Rheinhessen-Vorderpfalz in Angriff genommen werden. Dabei ist das ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Süd, das derzeit vom Land RLP gemeinsam mit den Kommunen und dem Verkehrsverbund RNN erarbeitet wird, einzubeziehen.

Schwerpunkte dieses Konzepts sollen sein.

- die Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehungen,
- die Verknüpfung Rheinhessens mit den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar,
- durchgehende Abstimmung und Ausweitung des ÖPNV und bessere Kooperation zwischen den bestehenden Verkehrsverbänden RMV und VRN, insbesondere auf der Strecke Ludwigshafen-Mainz <sup>1</sup>
- durchgehende Abstimmung und Ausweitung des ÖPNV mit dem VRN (Verkehrsverbund Rhein-Neckar) und dem KVV (Karlsruher Verkehrsverbund) auf der Strecke zwischen Worms- Ludwigshafen-Speyer - GERMERSHEIM und GERMERSHEIM - WÖRTH - Karlsruhe besonders für Semester- und Ausbildungstickets,
- durchgehende Abstimmung und Ausweitung des ÖPNV mit dem KVV (Karlsruher Verkehrsverbund) auf der Strecke zwischen Speyer - GERMERSHEIM direkt nach WÖRTH – Karlsruhe,
- der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einschließlich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) unter Berücksichtigung einer Erhöhung der Taktfrequenz,
- die zügige Instandsetzung bereits vorhandener Verkehrswege,
- der Ausbau von Knotenpunkten,
- die Auflösung vorhandenen Engpässe,
- die bessere Verknüpfung von Verkehrsträgern (insbes. durch entsprechend dimensionierte P+R Anlagen)
- der Neubau weiterer Rheinbrücken zwischen Bingen und Worms, einer 3. Rheinquerung bei Ludwigshafen sowie
- die Erweiterung des Radwegenetzes und Schaffung von Radschnellwegen

---

1

So gehören bspw. Guntersblum, Alsheim, Mettenheim, Osthofen, Worms, Frankenthal zu den Orten mit direkter Verbindung z.B. zu Mainz, aber nicht in den Verkehrsverbund, obwohl es von dort eine Vielzahl von Pendlern ins Rhein-Main-Gebiet gibt.

# Beschluss

## ord. Bezirksparteitag am 10. März 2018 in Neuhofen

- der nachfragegerechte Ausbau der Infrastruktur für alternative Antriebssysteme.

Bei allen anstehenden Projekten ist eine sorgfältige Vorbereitung und eine fundierte Nutzen-Kosten Analyse notwendig. Erst durch die abgestimmte Vernetzung der Einzelprojekte im Zusammenhang innerhalb eines Netzes machen die Einzelprojekte Sinn.

Wir begrüßen, dass das Verkehrsministerium den Landesbetrieb Mobilität beauftragt hat, neue Ortsumgehungen zur Baureife zu entwickeln. Dazu gehören die L 395 (OU Grünstadt-Nord), die L425 (OU Harxheim), die L425 (OU Westhofen), die L 426 (OU Stackeden-Elsheim Nord), L 428 (OU Stackeden-Elsheim West) und die L 455 (Offstein-Süd), die L 507 (Ortsumgehung Römerberg), die L 523 (Ortsumgehung Bobenheim-Roxheim) und die L 532 (Böhl-Iggelheim).

Mit den neuen Ortsumgehungen werden die Bewohner entlastet. Gleichzeitig verbessern sich das Straßennetz, die Straßenqualität, die Verkehrssicherheit und die Reisezeit. Auch die neuen Lärm- und Windschutzmaßnahmen an der A61 und A63 bei Alzey sind für uns gleichermaßen von hoher Bedeutung.

Wir begrüßen, dass 2018 die Planfeststellungsverfahren für die 2 verbleibenden Abschnitte des Mainzer Rings (A 60) endlich in Angriff genommen werden. Wir unterstützen das Ministerium in dem Vorhaben, trotz zahlreicher Hindernisse und jahrelanger Verzögerungen, den Ausbau der A 643 voranzutreiben. Die bevorstehenden Ausbaumaßnahmen an der L 425 (Rheinhessenstraße) zeigen, dass die Landesregierung in Abstimmung mit den lokalen Behörden konkrete Schritte ergreift, um Engpässe zu beseitigen. Alle diese Maßnahmen werden die Situation vieler Pendler verbessern.

Wir stellen fest, dass im Landeshaushalt 2017/2018 rund 120 Millionen Euro pro Jahr für den Landesstraßen- und Radwegeausbau zur Verfügung stehen, davon 95 Millionen Euro pro Jahr für das Landesstraßenbauprogramm.

Beim Landesbetrieb Mobilität wurden 76 neue Ingenieursstellen geschaffen, um die gegenüber den Vorjahren deutlich steigenden Straßenbaumittel für Bundes- und Landesstraßen umsetzen zu können. Mit diesen Maßnahmen wurde eine jahrelange Blockadepolitik der Vorgängerregierungen endlich beendet. Zusammen mit einer deutlich gestärkten Verkehrsverwaltung werden wir den Ausbau der Verkehrswege in Rheinhessen vorantreiben.

Zusammen mit der Landesregierung stellen wir dabei die

- Leistungsfähigkeit der Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft,
- die Verkehrssicherheit, die Nachhaltigkeit,
- den Erhalt der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Regionen und
- die Reduzierung der Lärmbelastung für die Bevölkerung in den Mittelpunkt.

\*\*\*\*\*